

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth, Jochen Haug, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Siegbert Droese, Peter Felser, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jörn König, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dietmar Friedhoff, Udo Theodor Hemmelgarn, Jens Maier, Christoph Neumann und der Fraktion der AfD**

### **Ausschluss von extremistischen Verbänden aus der Deutschen Islamkonferenz**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) dient dem Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland.
- Grundlage dieses Dialogs müssen die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein.
- Islamverbände, die selbst extremistische Positionen vertreten oder deren Unterorganisationen extremistische Positionen vertreten, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung verletzen, dürfen kein Dialogpartner innerhalb der DIK sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle islamischen Verbände, die extremistische Positionen vertreten oder deren Unterorganisationen extremistische Positionen vertreten, insbesondere die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) und den Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD), mit sofortiger Wirkung von der Deutschen Islamkonferenz auszuschließen und
2. sämtliche finanziellen Förderungen dieser Verbände im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Berlin, den 16. April 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) wurde 2006 eingerichtet. Ihr Ziel ist der „dauerhafte und regelmäßige gesamtstaatliche Dialog mit Muslimen bzw. ihren Vertretungen in Deutschland“, durch den zu konkreten Themen und alltagspraktischen Problemlagen eine Verständigung bzw. Lösung gesucht und gefunden werden soll.<sup>1</sup> Das übergeordnete politische Ziel der Bundesregierung ist, mit der DIK „einen in Deutschland verorteten Islam zu befördern“.<sup>2</sup>

Eine solche Verortung muss die Wahrung der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung in den Vordergrund stellen. Teilnehmer, welche die Werte der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung nicht teilen, können daher keine Dialogpartner der DIK sein. Bei einigen großen Islamverbänden ist äußerst zweifelhaft, ob sie in jedem ihrer Mitgliedsverbände und ihrer Führung die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vertreten.

Ein solcher Islamverband als Teilnehmer der DIK mit einer extremistischen Leitung ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB). Sie ist zwar ein in Deutschland eingetragener Verein, untersteht jedoch der Leitung und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyabet İşleri Başkanlığı, abgekürzt Diyanet). Der Behördenleiter, Ali Erbaş, hat den Rang des höchsten islamischen Gelehrten in der Türkei inne. Er bestimmt den Inhalt der Freitagspredigt, die in allen der Diyanet-Behörde unterstehenden Moscheen gepredigt wird, darunter auch die 900 Moscheegemeinden der DITIB in Deutschland. Im Mai 2020 führte Ali Erbaş in einer Predigt aus, dass der Islam Homosexualität und Unzucht – das unverheiratete Zusammenleben von Mann und Frau – verfluche.<sup>3</sup> Diese extremistische Ansicht ist nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des deutschen Grundgesetzes vereinbar. Im Juli 2020 predigte er in der Hagia Sophia in Istanbul anlässlich ihrer Umwandlung in eine Moschee mit einem Schwert in der Hand als einem Symbol der Eroberung.<sup>4</sup> Dieses Verständnis des Islams als einer Religion der Eroberung spiegelt sich auch in der Benennung vieler DITIB-Moscheen in Deutschland wider, die den Namen Fatih (Eroberer) tragen.

Die enge Anbindung der DITIB an den türkischen Staat äußert sich vor allem in der Entsendung und Bezahlung der in Deutschland predigenden Imame aus der Türkei. Sie sprechen zumeist kein Deutsch und lernen es auch nicht, da sie nach fünf Jahren wieder ausgetauscht werden. Die Wertvorstellungen, die sie in Deutschland verbreiten, orientieren sich nicht am deutschen Grundgesetz, sondern sind allein Ergebnis ihrer religiösen Ausbildung in der Türkei.<sup>5</sup>

Ein weiterer Islamverband als Teilnehmer der DIK mit extremistischen Unterorganisationen ist der Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD), ein Dachverband für verschiedene islamische Vereine. Die Liste von Mitgliedsorganisationen wurde letztmals 2016 publiziert. Auch der Bundesregierung ist nach einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage nicht bekannt, welche Mitglieder der ZMD aktuell hat.<sup>6</sup> Zu den in 2016 publizierten 31 Mitgliedsorganisationen des ZMD gehören mehrere Organisationen, die extremistische Positionen vertreten und Verbindungen zu extremistischen Organisationen haben. Darunter die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB), die nach Aussage der Bundesregierung eine „hundertprozentige Abspaltung der Föderation der türkischen Idealistenvereine in Deutschland“ ist, die wiederum ein Sammelbecken für die rechts-extremistischen türkischen Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) darstellt.<sup>7</sup> Im November 2020 fasste der Deutsche Bundestag den Antrag, dass die Bundesregierung ein Verbot der Ülkücü-Bewegung prüfen solle.<sup>8</sup> Eine weitere ZMD-Mitgliedsorganisation ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz darauf ausgerichtet ist, die islamische Lehre schiitisch-iranischer Prägung in Deutschland zu verbreiten. Der Leiter des IZH gilt als Vertreter des Revolutionsführers der Islamischen Republik Iran in

<sup>1</sup> Deutsche Islamkonferenz, [www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/DIK/Ziele/ziele\\_node.html](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/DIK/Ziele/ziele_node.html)

<sup>2</sup> Ebenda

<sup>3</sup> Tomas Avenarius, „Der Islam verflucht Homosexualität“, Süddeutsche Zeitung, 03.05.2020, [www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-islam-homosexualitaet-1.4893182](http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-islam-homosexualitaet-1.4893182)

<sup>4</sup> Susanne Günsten, Erstes Freitagsgebet in der Hagia Sophia: Leitmotiv der Eroberung, Deutschlandfunk Kultur, 24.07.2020, [www.deutschlandfunkkultur.de/erstes-freitagsgebet-in-der-hagia-sophia-leitmotiv-der.1013.de.html?dram:article\\_id=481221](http://www.deutschlandfunkkultur.de/erstes-freitagsgebet-in-der-hagia-sophia-leitmotiv-der.1013.de.html?dram:article_id=481221)

<sup>5</sup> Wolfgang Büscher, Claus Christian Malzahn, Freia Peters, Deniz Yüzel, Einfluß von DITIB: Kritik an Erdogans türkischen Predigern in Deutschland, Die Welt, 24.04.2016, [www.welt.de/politik/deutschland/article154680761/Kritik-an-Erdogans-tuerkischen-Predigern-in-Deutschland.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article154680761/Kritik-an-Erdogans-tuerkischen-Predigern-in-Deutschland.html)

<sup>6</sup> Bundestagsdrucksache 19/21264, S. 1

<sup>7</sup> Bundestagsdrucksache 18/9353, S. 3

<sup>8</sup> Bundestagsdrucksache 19/24388

Deutschland.<sup>9</sup> Mehrere Mitgliedsorganisationen des ZMD haben Verbindungen zur extremistischen Muslimbruderschaft, so die Deutsche Muslime Gemeinschaft (DMG), deren Mitgliedschaft wegen dieses Vorwurfs seit Dezember 2019 ruht, das Islamische Zentrum Aachen (IZA), das Islamische Zentrum München (IZM) und der Verein Inssan.<sup>10</sup>

Am 10. November 2020 erklärte der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad seinen Ausstieg aus der Deutschen Islamkonferenz. Er begründete dies damit, dass sich die Bundesregierung mit der DIK den Islamverbänden andiene, obwohl diese nur einen kleinen Teil der Muslime repräsentieren und zudem enge Verbindungen zum politischen Islam haben. Die DIK ist nach seiner Ansicht mitverantwortlich für ein Erstarren fundamentalistischer Vereine sowie den Machtzuwachs des türkischen Nationalismus in Deutschland.<sup>11</sup>

In der Wissenschaft wird angesichts dieser Fälle vermehrt Kritik an den Islamverbänden geübt. So fordert u. a. Hans-Michael Heinig, Professor für Religionsrecht an der Universität Göttingen, ein Durchgreifen der Bundesregierung bei den Islamverbänden. Diese seien nicht demokratisch und einem Teil von ihnen fehle es einer glaubwürdigen und durchgehend trennscharfen Abgrenzung zum legalistischen Islamismus.<sup>12</sup> Auch der deutsch-israelische Extremismusexperte Ahmad Mansour sieht eine Zusammenarbeit mit den großen Islamverbänden kritisch. Nach seiner Ansicht wäre die Bundesregierung gut beraten, weniger mit den islamischen Verbänden und mehr mit kritischen Stimmen und Praktikern zusammenzuarbeiten, denn die Islamverbänden verträten zum Teil Werte, die den Menschen ein emotionales Ankommen erschweren, statt es zu ermöglichen.<sup>13</sup>

Angesichts dieser Kritik ist auch die Finanzierung der großen Islamverbände im Rahmen der DIK zu hinterfragen. So fördert die DIK einzelne Moscheegemeinden im Rahmen des Projektes „Moscheen für Integration“. <sup>14</sup> Darunter waren 2019 auch DITIB-Moscheen, sowie Moscheen, die zur türkisch-islamistischen Mili-Görüs-Bewegung gehören, wie der niederländische Migrationswissenschaftler Ruud Koopmans kritisierte.<sup>15</sup>

---

<sup>9</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2019, S. 225

<sup>10</sup> Frederik Schindler, Zentralrat der Muslime: Hinter der freundlichen Fassade, Die Welt, 02.03.2020, [www.welt.de/politik/deutschland/plus206227633/Zentralrat-der-Muslime-Zwielichtiger-Partner-der-deutschen-Islam-Politik.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus206227633/Zentralrat-der-Muslime-Zwielichtiger-Partner-der-deutschen-Islam-Politik.html)

<sup>11</sup> Thomas Thiel, Islamkonferenz: Vorzugsbehandlung für Fundamentalisten?, FAZ.net, 11.11.2020, [www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/falsch-beraten-hamed-abdel-samad-rechnet-mit-der-islamkonferenz-ab-17047518.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/falsch-beraten-hamed-abdel-samad-rechnet-mit-der-islamkonferenz-ab-17047518.html)

<sup>12</sup> Hans-Michael Heinig, Die deutsche Islampolitik – ambitionslos und inkonsequent, Die Welt, 17.11.2020, [www.welt.de/debatte/kommentare/plus220315534/Integration-Wie-die-deutsche-Islampolitik-umsteuern-muss.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/plus220315534/Integration-Wie-die-deutsche-Islampolitik-umsteuern-muss.html)

<sup>13</sup> Interview mit Ahmad Mansour: Kritik an den Islamverbänden, Die Tagespost, 31.10.2020, [www.die-tagespost.de/politik/aktuell/der-islamismus-ist-weiterhin-da;art315,213140](http://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/der-islamismus-ist-weiterhin-da;art315,213140)

<sup>14</sup> [www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/11/moscheen-integration.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/11/moscheen-integration.html)

<sup>15</sup> Ruud Koopmans, Was jetzt passieren muss, Cicero, 19.11.2020, S. 20 ff.

